

PETER SCHÄFER

Die Rückkehr des Viktor Agartz

Tagungsbericht

Peter Schäfer – Jg. 1988;
Stipendiat der
Rosa-Luxemburg-Stiftung;
er lebt in Berlin.

Es war ein besonderer Tag, der 13. Dezember 2007. Auf den Tag genau ein halbes Jahrhundert zuvor, am 13. Dezember 1957, verließ mit Viktor Agartz einer der bedeutendsten Politiker der 1950er Jahre den Bundesgerichtshof in Karlsruhe als zwar freier, aber politisch toter Mann, wie es die *Welt* einen Tag danach treffend formulierte. Agartz, der neben Hans Böckler und Kurt Schuhmacher einst wichtigste Funktionär der sozialdemokratischen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung der Nachkriegszeit, war in einem Landesverratsprozess wegen »verfassungsverräterischer« Verbindungen zum ostdeutschen Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (FDGB) angeklagt worden, weil er im Laufe des Jahres 1956 die damals stolze Summe von über 100 000 DM aus Ostberlin angenommen hatte, um die Herausgabe seiner gewerkschaftsoppositionellen Zweiwochenzeitschrift *WISO*, die »Korrespondenz für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften«, finanziell abzusichern. Das stempelte ihn während der antikommunistischen Hysterie der Adenauer-Zeit zum so genannten Fellow Traveller der Kommunisten. Dass der Bundesgerichtshof der Staatsanwaltschaft und der veröffentlichten Meinung hierin nicht folgen wollte und Agartz aus Mangel an Beweisen freisprach, konnte diesen nur vorübergehend erleichtern. Die im Vorfeld des Prozesses das ganze Jahr 1957 anhaltende Kampagne gegen den bekennenden Linksozialisten hatte ihn bereits zur persona non grata gestempelt und den westdeutschen Linksozialismus als Zwilingsbruder des Kommunismus denunziert.

Daran erinnerte der Bochumer Historiker und Leo Kofler-Biograf *Christoph Jünke* die über hundert Anwesenden einer Fachtagung, die – schon dies ist ein wissenschaftspolitisches Unikum – das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut der gewerkschaftseigenen Hans Böckler Stiftung zusammen mit der der neuen Linkspartei nahestehenden Rosa Luxemburg Stiftung organisierte. Beide hier erstmals gemeinsam auftretenden Stiftungen hatten ins Remscheider Werkzeugmuseum eingeladen, um in dessen Geburtsstadt und anlässlich seines 110. Geburtstages (am 15. November 1897) an Agartz zu erinnern sowie um die Frage zu diskutieren, ob seine lohn- und wirtschaftspolitischen Überlegungen auch heute noch Relevanz haben könnten.

Dass eine solche Vergegenwärtigung alles andere als selbstverständlich ist, betonte Jünke in seinem Eröffnungsvortrag über die historische Rolle des Gewerkschafters, Politikers und Wissenschaftlers. Er zeigte auf, wie weitgehend Agartz nicht nur aus dem ohnehin

schwachen kollektiven Gedächtnis der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung, sondern mehr noch aus dem der politischen und sozialen Linken verdrängt wurde. Die politischen und ökonomischen Eliten seien dagegen deutlich geschichtsbewusster, wenn sie in politischen Kommentaren zum aktuellen Zeitgeschehen immer wieder auf das vermeintliche Gespenst des alten Klassenkämpfers Viktor Agartz verweisen. Zur Annäherung an den solcherart Verdrängten zog Jünke den provozierenden historischen Vergleich, dass wir es bei Agartz mit einer Art des »Oskar Lafontaine der 1950er Jahre« zu tun hätten. Beide seien in ihrer Zeit führende Politiker des sozialdemokratischen Estab-lishments, die in einer Situation des historischen Umbruchs und Übergangs ihren vermeintlich veralteten Überzeugungen treu blieben und dafür gesellschaftspolitisch ausgegrenzt, beschimpft und diffamiert wurden – nicht zuletzt, weil sie sich für eine erneuerte Linke engagiert hätten. Die Unterschiede zwischen beiden, auch dies machte der Referent deutlich, lägen jenseits des persönlichen Charakters vor allem im unterschiedlichen Charakter des historischen Übergangs selbst. Denn während Lafontaine die Tradition des inzwischen weitgehend ausgehöhlten deutschen Sozialstaates erneuern wolle, habe Agartz diesem aufsteigenden Sozialstaat ausgesprochen skeptisch gegenüber gestanden und wollte »nichts weniger als die radikale, sozialistische Tradition der deutschen Arbeiterbewegung erneuern«.

Nach diesem Einstieg stellte Jünke das in seinen Augen exemplarische Leben eines linken Sozialdemokraten und Sozialisten dar, das wie wenige andere die Wandlungen und das Schicksal der einstmaligen radikalen deutschen Arbeiterbewegung widerspiegelt. Von bleibender Aktualität seien dabei Agartz' Analysen der politischen Ökonomie der deutschen Nachkriegszeit, seine Kritik der Restauration und Ideologiekritik des aufkommenden sozialstaatlichen Konsenskapitalismus, sowie die daraus abgeleitete Gewerkschaftskritik.

Auch der folgende Referent, der Amsterdamer Politikwissenschaftler *Michael Krätke*, betonte die Originalität von Agartz, der sozialistische Überzeugungen und Strategien mit einer fachmännischen Bodenhaftigkeit verbunden habe, die man heute nur noch selten finde. Am Beispiel eines Agartzschen Gesetzentwurfes zur umfassenden wirtschaftspolitischen Neuordnung Deutschlands nach Faschismus und Krieg stellte er ausführlich dessen Vision einer mit demokratischen Methoden organisierten sozialisierten Gemeinwirtschaft vor. Krätke betonte dabei die verblüffenden Ähnlichkeiten zu den heutigen sozialwissenschaftlichen und politisch-theoretischen Diskussionen, die man zumeist unter dem Stichwort eines »neuen Marktsozialismus« oder einer »Sozialisierung des Marktes« kenne. Detailliert zeigte er auf, wie sich Agartz' Konzeptionen von Sozialisierung und Investitionskontrolle mit betrieblicher und überbetrieblicher Mitbestimmung, sowie mit neuen Unternehmens- und Eigentumsformen zu einem neuen System von Selbstverwaltungssozialismus verbinden, das seinen radikal demokratischen Impetus nicht verleugnen könne. »Wir sind Sozialisten, um der Demokratie willen – und umgekehrt« fasste Krätke das Agartzsche Credo zusammen und wandte dies auf heutige Diskussionen an. Wer die Sozialisierung von Institutionen anstrebe, die die Marktwirtschaft heute regulieren (beispielsweise die Industrie- und

Handelskammern), komme um paritätische Organisationsformen ebenso wenig herum wie um die gesellschaftliche Kontrolle des Kredits und eine damit zum Beispiel zusammenhängende umfassende Bankenreform. Zum wirklichen Problem seien die vielfältigen Ideen eines Viktor Agartz, so Krätke, weniger als solche geworden, sondern dadurch, dass man ihren ganzheitlichen Kontext entweder ignorierte oder in der historischen Realität habe fallen lassen. Was passiere, wenn man einzig eine rudimentäre Form von Mitbestimmung durchsetze, nicht jedoch das wirtschaftspolitische Neuordnungskonzept als Ganzes? Dann bleibe eben auch vom Gedanken der Mitbestimmung nur noch wenig und das ganze Mitbestimmungssystem bekomme einen anderen Charakter.

Der ehemalige sozialdemokratische Bundesarbeitsminister *Hans Ehrenberg* nahm danach den historischen, bei Jünke eher sachlich-nüchtern intendierten Vergleichsfaden zwischen Agartz und Lafontaine wieder auf, benutzte ihn jedoch für einen heftigen Angriff auf den für Gewerkschafter seines Erachtens unannehmbaren Lafontaine. An Agartz dagegen sei jedoch auch heute noch anzuknüpfen, vor allem an dessen Ende 1953 aufgestellter Idee einer expansiven Lohnpolitik – über die Ehrenberg in jungen Jahren promoviert hatte. Es sei einfach falsch, so Ehrenberg mit Enthusiasmus, dass Agartz' Versuch, mittels expansiver lohnpolitischer Forderungen die gesamtwirtschaftliche Lohnquote nachhaltig zugunsten der Arbeitnehmer zu verändern, anderen etwas wegnehme. Da die Gewerkschaften als Vertreter der Arbeitnehmerschaft über kein Besitzmonopol verfügten und der Gewinn des Unternehmens durch einen steigenden Anteil der Arbeiter am gesamtgesellschaftlichen Kuchen nicht geschmälert werde, sondern einzig der private Gewinn des Unternehmers, sollten die Gewerkschaften, so Ehrenberg, wie in den 1970er Jahren wieder zu einer aktiven, ja mehr noch, zu einer »positiven Lohnpolitik« als Mittel der Konjunktur- und Strukturpolitik zurückkehren. Schließlich leitete er über zu einem flammenden Plädoyer für die Stärkung der sozialdemokratischen Nachfragepolitik und die Erneuerung des Sozialstaats und verband dies mit »Mahnungen nach Berlin«, ohne sich jedoch zu fragen, ob diese auch hin- hören werden.

Mit ihrer beeindruckenden Darstellung der realen historischen Entwicklung der bundesdeutschen Löhne seit 1951 versuchten dagegen *Reinhard Bispinck* und *Thorsten Schulten* vom WSI die Grenzen einer gewerkschaftlichen Lohnpolitik aufzuzeigen. In kurzen Phasen, zum Beispiel Ende 1960er und Anfang der 1970er Jahre, habe die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft zwar eine umverteilende Lohnpolitik durchsetzen und einen Anstieg der Lohnquote realisieren können. Auf Dauer sei damit jedoch ein steigender Anteil am gesamtgesellschaftlichen Kuchen, eine reale Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von oben nach unten, nicht verbunden gewesen. Es komme eben – wie Krätke in bezug auf die Mitbestimmung ausgeführt hatte – ganz darauf an, nicht einzelne Aspekte wie die Lohnpolitik (oder die Mitbestimmung) aus dem an sich ganzheitlichen Neuordnungskonzept herauszulösen. Dann verändere sich nämlich auch der Charakter der Einzelaspekte. Das hätte aber auch Agartz selbst bereits gesehen, wie Schulten und Bispinck betonten.

Sie sparten auch nicht mit Hinweisen auf »Missing Links« in den strategischen Überlegungen von Agartz, beispielsweise in bezug auf das Problem der Lohnspreizung, den Zusammenhang von Lohnniveau- und Lohnstrukturpolitik oder hinsichtlich der Frage, welche ergänzende Geld- und Wirtschaftspolitik bei einer expansiven Lohnpolitik notwendig wäre. Doch auch wenn man nicht bruchlos an Agartz' alten Konzeptionen anknüpfen könne, weil sich im neuen Kapitalismus neoliberaler Art und Weise auch die Rahmenbedingungen vielfältig geändert hätten, so hätte auch Agartz selbst immer wieder gerade auf der Einbettung von programmatischen Teilaspekten in eine gesamtgesellschaftliche Strategie gepocht. Hier, in der Betonung nicht zuletzt des politischen Mandats, im Aufwerfen der grundsätzlichen Frage, wozu Gewerkschaftspolitik dienen solle, und in der Einsicht, dass Lohnpolitik immer auch Konjunktur- und wirtschaftliche Rahmenpolitik sei, könne und müsse wieder von Agartz gelernt werden.

Damit war nicht nur ein Anknüpfungspunkt zu den Ausführungen anderer Referenten gegeben, sondern, schlussendlich, auch der rote Faden der abschließenden Podiumsdiskussion, auf der *Herbert Ehrenberg*, der Wirtschaftswissenschaftler *Gustav Horn* von der Hans Böckler Stiftung, *Sabine Reiner* vom Ver.di-Bundesvorstand und der Rosa-Luxemburg-Stiftung sowie *Hans-Jürgen Urban* vom IG Metall-Bundesvorstand die Diskussion über die Probleme der heutigen Lohn- und Wirtschaftspolitik vertieften. Einig waren sie sich auch hier vor allem in der Erkenntnis, dass jede Form einer neuen lohnpolitischen Offensive nur im Verbund mit einer entsprechenden Wirtschafts- und Finanzpolitik funktionieren könne. Unterschiede betrafen dabei vor allem deren mögliche Reichweite.

So bestätigte der Diskussionsverlauf der Tagung die einleitenden Ausführungen Jünkes, der betont hatte, dass die Aktualität der Auseinandersetzung mit dem Agartzschen Leben und Werk weniger in der Zustimmung oder Ablehnung dieser oder jener These bestehe, sondern darin, dass Agartz' gewerkschafts- und gesellschaftspolitische Positionen, die auch heute noch im Zentrum der aktuellen Diskussionen stehen, mit einer nur selten anzutreffenden Autorität und Konsequenz formuliert hat.

Die Tagungsbeiträge, das kündigten die Veranstalterinnen und Veranstalter nach einem anregenden und produktiven Tag an, sollen zusammen mit alten Agartz-Texten, herausgegeben von Reinhard Bispinck, Thorsten Schulten und Peeter Raane, im Juni 2008 im VSA-Verlag erscheinen.